

joachim bischoff
elisabeth gauthier
bernhard müller

europas rechte



das konzept des
»modernisierten«
rechtspopulismus

joachim bischoff / elisabeth gauthier / bernhard müller
europas rechte

Joachim Bischoff ist Ökonom und Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«.

Elisabeth Gauthier ist Direktorin von Espaces Marx und Mitglied der Leitung von transform! Europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog.

Bernhard Müller ist Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«.

joachim bischoff/elisabeth gauthier/
bernhard müller

europas rechte

das konzept des »modernisierten« rechtspopulismus
eine flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

Mit freundlicher Unterstützung durch



Teilweise finanziert aus Mitteln des Europäischen Parlaments

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-663-3

Inhalt

| | |
|---|----|
| 1. Vom Randphänomen zum politischen Akteur | 6 |
| 2. Frühling des rechten Populismus? | 13 |
| 3. Europäische Landkarte der Rechten | 21 |
| 4. Krise des politischen Systems und Stärkung des Rechtspopulismus | 25 |
| 5. Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung | 32 |
| 6. Vorurteilsstrukturen – ein Syndrom | 39 |
| 7. Soziale Spaltung der Demokratie | 61 |
| 8. »Neue Rechte« und die Veränderung der politischen Landschaft | 68 |
| 9. Wie dem Spektrum der »Neuen Rechten« entgegentreten? | 75 |

Drei Länderberichte

| | |
|---|-----|
| Die »Schwedendemokraten« und der Abschied vom schwedischen Wohlfahrtsmodell | 88 |
| Ende eines Sonderwegs: Rechtspopulismus im »bedrohten Paradies« Deutschland | 93 |
| Erschütterung des politischen Systems in Frankreich durch den Front National | 99 |
| Literatur | 123 |

1. Vom Randphänomen zum politischen Akteur

In den meisten europäischen Ländern sind rechtspopulistische Parteien zu einer festen Größe des politischen Systems geworden.¹ Sie können nicht mehr als nationale Besonderheit oder vorübergehendes Protest- oder Randphänomen verniedlicht werden.

In der seit längerem andauernden Transformation der Parteiensysteme ist die Herausbildung von rechtspopulistischen Akteuren eine wesentliche Komponente. Durch die in den Jahren 2007/2008 einsetzende Große Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems hat diese Umwälzung der nationalen Parteiensysteme eine deutliche Beschleunigung erfahren. Im Zuge der bis heute anhaltenden Krisenkaskaden sind die Potenziale für eine massive Veränderung des politischen Feldes und den Aufstieg von neuen Parteien sowie die Umgestaltung von bereits mehr oder weniger etablierten Parteien stark gestiegen. Allerdings ist vor dem Mythos zu warnen, dass der Rechtspopulismus eine direkte Auswirkung des ökonomisch-sozialen Krisenmodus ist. Gleichermassen ist nicht zutreffend, dass Rechtspopulisten in Krisenländern stets besonders erfolgreich sind – in Spanien und Portugal gibt es bis heute keine nennenswerte rechtspopulistische Partei. Wahlerfolge erzielen die rechtspopulistischen Parteien hingegen in Österreich, in den Niederlanden, in Frankreich und Dänemark. Die Gründe dafür liegen in nationalen Eigentümlichkeiten der politischen Kultur: Die in diesen Ländern erfolgreichen Akteure reüssieren mit ihrem spezifisch geprägten Diskurs und personellen Angebot. Sie punkten mit Ängsten – der Angst vor dem wirtschaftlichen Abstieg und der Sorge um den Sozialstaat. Es geht nicht primär um die tatsächliche, sondern um die gefühlte Krise.

Vor allem in den Ländern Süd- und Osteuropas waren aufgrund der geringen Institutionalisierung der Parteiensysteme und der weit verbreiteten Korruption unter den Regierungsparteien neue Par-

¹ Vgl. dazu auch Bischoff/Gauthier/Müller 2014 und 2015.

teien von mehr oder weniger populistischen Herausforderern bereits vor Einsetzen der Großen Krise sehr erfolgreich. Auch in anderen europäischen Ländern hat schon einige Zeit vor der Krise ein struktureller Wandel der Parteiensysteme eingesetzt: Dort haben sich rechtspopulistische Herausforderer, die in erster Linie die Anliegen der »Globalisierungsverlierer« mobilisieren, dauerhaft etabliert und zur längerfristigen Erosion der etablierten Parteien beigetragen, wie z.B. der *Front National* (FN) in Frankreich, die *Schweizerische Volkspartei* (SVP), die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), die holländische *Partij voor de Vrijheid* (PVV, Partei für die Freiheit), der *Vlaams Belang* (Flämische Interessen) in Belgien, die *Dansk Folkeparti* (DF, Dänische Volkspartei) oder die norwegische *Fremskrittspartiet* (FrP, Fortschrittspartei). Die Krise bietet auch für die Rechtspopulisten in Nordwesteuropa eine einzigartige Chance, sich von früheren Misserfolgen zu erholen oder sich weiter zu verstärken. In den von der Krise besonders stark betroffenen Ländern dieser Regionen erhielten neue Populisten zum Teil starken Auftrieb.

Die Ergebnisse der Europawahlen 2014 zeigen, wenn auch mit nationalen Unterschieden, eine Rechtsverschiebung im gesamten politischen Koordinatensystem. Besonders in Frankreich, Dänemark und Großbritannien, aber auch in Deutschland, Österreich, Schweden und Finnland sowie in Ungarn und Griechenland haben Parteien zugelegt, die sowohl euroskeptisch oder europafeindlich ausgerichtet sind als auch programmatisch rechts von den konservativ-nationalistischen Parteien des bürgerlichen Lagers stehen. Exemplarisch gehen wir am Schluss dieser Flugschrift näher auf die Entwicklung der *Alternative für Deutschland* (AfD), der *Schwedendemokraten* und des *Front National* ein.

Den Treibstoff für die rechtspopulistischen Parteien liefert ohne Zweifel die Wirtschaftsmisere. So gewinnen Parteien wie die britische *United Kingdom Independence Party* (UKIP) oder die italienische Lega Nord scharenweise WählerInnen, weil immer mehr BürgerInnen Zweifel an den versprochenen positiven Effekten der Globalisierung und der Europäisierung haben. In den Kernländern der Eurozone profitieren neue Parteien wie die AfD davon, dass die BürgerInnen nicht mehr Zahlmeister für »reformunwillige« Pe-

riperieländer sein wollen. Der Frust über die Euromisere mischt sich mit dem Unbehagen an der Globalisierung und dem Kapitalismus. Einwandererströme und zunehmende Unterschiede zwischen Arm und Reich – wahrgenommen als Folgewirkungen der Globalisierung – sowie die Abkoppelung der Eliten bescheren den rechten Populisten Argumente und Zulauf.

Allerdings ist auch hier vor einem Fehlschluss zu warnen: Der offenkundige Erfolg einer fremdenfeindlichen Agenda hängt keineswegs direkt mit den faktischen Zahlen von Flüchtlingen und Zuwanderern zusammen. Es geht letztlich um die Interpretation und Politisierung der Zuwanderungsfrage.

In vielen Ländern Europas sind rechtspopulistische Parteien seit Jahren präsent – sei es die FPÖ in Österreich, der FN in Frankreich oder Geert Wilders' *Partei für die Freiheit* in den Niederlanden. In den zurückliegenden Wahlen zeigt sich nicht nur eine gewachsene gesellschaftliche Akzeptanz dieser Parteien, sondern ein Teil dieser politischen Formationen betreibt auch aktiv eine Art von »Modernisierungspolitik«. Das Verhältnis der rechtspopulistischen Parteien zur extremen Rechten ist durch eine explizite und in der Öffentlichkeit immer wieder betonte Strategie der Abgrenzung geprägt.

Tabelle 1: Traditionelle extreme und »modernisierte« Rechte

| Traditionelle extreme Rechte | »Modernisierte Rechte« |
|---|--|
| Positiver Bezug auf den Faschismus | Proklamierte Abkehr von der extremen Rechten |
| Offene Ablehnung der Demokratie | Taktische Befürwortung »direkter Demokratie« |
| Proklamierter Systemsturz | Transformation der Demokratie nach rechts |
| Völkischer Rassismus, Antisemitismus | Ökonomisierung, Kulturalisierung und religiöse Verklammerung des Rassismus |
| Feindbilder: Juden, Ausländer, Linke, Europäische Union | Feindbilder: Muslime, Multikulturalismus, linke Hegemonie (»political correctness«), EU-Bürokratie |
| Bezugspunkte: Rasse, Nation, Europa der Völker | Bezugspunkte: Tradition, Kultur, Region, Heimat |

Quelle: Häusler/Roeser 2015: 23

Dennoch gibt es ideologische, organisatorische und personelle Verbindungen zwischen den beiden Strömungen. Abgesehen von den neofaschistisch ausgerichteten Formationen lässt sich in der letzten Zeit eine ideologische Runderneuerung ausmachen. Als Reaktion auf die gewachsenen gesellschaftlichen Problemkonstellationen und die unzureichenden Politikangebote der »etablierten Kräfte« versuchen rechtspopulistische Parteien – mit unterschiedlichem Erfolg – die eigene Organisation aus der Schmutzecke der Ewiggestrigen heraus zu manövrieren und ihr – z.B. via Internet, Facebook etc. – auch eine moderne mediale Fassade zu verleihen.

Unsere zentrale These lautet: Im Zuge der tiefen Krise, die seit 2008 die europäischen Länder sowie die EU als Ganzes erfasst hat, sind auch die politischen Systeme der Mitgliedsländer in eine tiefe Krise geraten. Die herrschenden Eliten erweisen sich mehr und mehr als unfähig, mit den Fehlentwicklungen der bürgerlichen Gesellschaften umzugehen. Die Enttäuschungen und die zunehmende Verunsicherung, das Gefühl, Politik sei nicht mehr in der Lage, Lösungen zu entwickeln, beziehen sich auf das gesamte traditionelle politische Spektrum, inklusive der Linken.

So führen das deutlich sichtbare Scheitern des Neoliberalismus und der davon ausgelöste Schock insgesamt gesehen nicht zu einer Dynamik der politischen Linken, sondern schaffen ein Terrain, das die modernisierten rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Formationen in vielen Ländern äußerst geschickt zu nutzen wissen. Mit der Desillusionierung breiter sozialer Schichten verändern sich auch die parteipolitischen Akteure des rechten Spektrums. Wir sind also vielfach nicht mehr nur mit oppositionellen Kräften konfrontiert, sondern mit Akteuren, die klar die Frage der kulturellen und politischen Hegemonie stellen.²

Die häufig vorgebrachte Hypothese, dass vor allem die unteren sozialen Schichten für die Legitimitätsverluste der politischen Systeme verantwortlich seien, ist empirisch nicht belegt. Europaweit gilt: Je prekärer die sozialen Lebensverhältnisse, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Daraus folgt, dass wachsende regionale und soziale Unterschiede zu politischer Ungleichheit führen. Die Tat-

² Vgl. dazu z.B. Bruns u.a. 2015.

sache, dass bei der Europawahl 2014 die Wahlbeteiligung noch niedriger war als bei den jeweiligen nationalen Wahlen, hat zur Folge, dass das Ergebnis der Europawahl sozial noch weniger repräsentativ ist.

Empirische Studien zeigen: Die soziale Lage eines Stadtviertels bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung: Je höher der Anteil von Haushalten aus den sozial schwächeren Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je geringer der formale Bildungsstand und je geringer die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte in einem Stadtviertel, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung. Schlussfolgerung: Die sinkende Wahlbeteiligung in Europa ist Ausdruck einer zunehmend ungleichen Wahlbeteiligung, hinter der sich eine soziale Spaltung der Wählerschaft verbirgt. Die demokratische Willensbildung wird zu einer immer exklusiveren Veranstaltung der BürgerInnen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus, während die sozial schwächeren Milieus deutlich unterrepräsentiert bleiben.

Die Ergebnisse von Langzeituntersuchungen in westlichen Demokratien belegen insgesamt: Mit der sozialen Ungleichheit wächst auch die politische Ungleichheit, zunächst im Sinne ungleicher Partizipation. Es kommt zu einer »Wirkungskette aus wachsender sozialer Ungleichheit, ungleicher politischer Partizipation und schließlich Entscheidungen zugunsten der politisch Aktiven (...), in deren Folge die Nichtbeteiligten benachteiligt werden« (Schäfer 2015: 88).³

Rechtskonservative, -extreme und -populistische Parteien stützen sich vor allem auf die unteren sozialen Mittelschichten und

³ »Die Anliegen derjenigen, die eine schwache Position am Markt haben und häufiger auf Leistungen des Sozialstaats angewiesen sind, laufen Gefahr, übergangen zu werden, wenn sie nicht wählen. Je mehr sich jedoch die Politik an den Wählern orientiert, desto wahrscheinlicher werden politische Entscheidungen, die soziale Ungleichheit verschärfen. Diese Möglichkeit ist auch deshalb plausibel, weil soziale Klassen in Verteilungsfragen unterschiedliche Präferenzen aufweisen (...). Aus neorepublikanischer Sicht droht somit ein Teufelskreis, der für die sozial Schwachen den Status als freie Bürger gefährdet. Rechtliche Gleichheit verhindert unter Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit den Anstieg politischer Ungleichheit nicht, wodurch das demokratische Grundprinzip ausgehöhlt wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleich viel zählen.« (Schäfer 2015: 89)

verfolgen das Ziel, eine nationalstaatliche Ausrichtung durchzusetzen, wobei das unterliegende Staatsverständnis sich an autoritären Strukturen orientiert. Für rechtspopulistische Parteien ist kennzeichnend, dass sie in ihren Strategien an das »Volk« und an ein »Wir-Gefühl« appellieren, gegen die Eliten protestieren und einfache Erklärungs- und Lösungsmuster für komplexe Sachverhalte verwenden.

Ihre politische Kommunikation zielt auf die Polarisierung des öffentlichen Diskurses. Ihre Ideologie und Programmatik basiert auf einer einfachen Weltsicht: hier das »wahre« Volk und dort die verlogene, korrupte Oberschicht. Für rechtspopulistische Parteien ist eine Ideologie der Ausgrenzung (Exklusion) kennzeichnend, die sich auf nationalistische und fremdenfeindliche Überlegungen stützt.

Die Parteien des rechten Spektrums verfolgen eine Identitätspolitik, in der eine bedrohte nationale Gemeinschaft mobilisiert und stabilisiert werden soll. Rechte Parteien befürworten eine repressive Law-and-Order-Politik, die Maßnahmen wie Videoüberwachung, Aufstockung von Sicherheitspersonal und mehr Befugnisse für die Polizei beinhaltet. Die Flucht- und Einwanderungsbewegungen sollen durch Ausgrenzung aus den sozialen Sicherungssystemen und staatsrechtliche Beschränkungen zurückgedrängt oder ganz unterbunden werden.

Der Erfolg von rechtspopulistischen Parteien steht und fällt mit einer straffen Organisation und einem charismatischen Führungspersonal. Die Resonanz der rechtspopulistischen Parteien speist sich aus einer scharfen Abgrenzung gegenüber der überlieferten politischen Klasse und Elite. »Die da oben« hätten nur ihre eigenen materiell-finanziellen Interessen im Kopf, daher seien Unfähigkeit und mehr oder minder offene Korruption zur alltäglichen Erscheinungsform geworden. Zumindest indirekt wird für einen kompletten Wechsel der politischen Repräsentation gekämpft.

Gerade in den sozio-ökonomischen Mittellagen der europäischen Gesellschaften ist eine wachsende Anfälligkeit für rechtspopulistische Haltungen zu beobachten. Vor dem Hintergrund der Erosion der eigenen gesellschaftlichen Stellung wird hier deutlich gegen eine vermeintliche »Einwanderung« in die nationalen Siche-

runssysteme Position bezogen. Gegen den kritisch beurteilten sozialen Wandel wird einmal mehr versucht, das Nationale als schützendes Bollwerk zu mobilisieren.

Gepunktet haben die rechtspopulistischen Parteien in ihren jeweiligen Ländern bislang vor allem mit drei Themen:

1. einer teils tiefsitzenden Verachtung gegenüber den bisherigen politischen Klassen oder wirtschaftlich-politischen Eliten;
2. der Ablehnung der Europäischen Union (EU) und der bisher verfolgten Austeritätspolitik;
3. der Forderung, die nationalen Sozialsysteme gegenüber MigrantInnen, Flüchtlingen sowie »Arbeitsunwilligen« abzuschotten.